

Planzeichenerklärung:

WA Allgemeines Wohngebiet
MI Mischgebiet
GE Gewerbegebiet
II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
0,4 Grundflächenzahl
0,5 Geschossflächenzahl
O Offene Bauweise
Ö Öffentliche Verkehrsfläche
Baugrenze
Überbaubare Grundstücksfläche
Nicht überbaubare Grundstücksfläche
Ö Öffentliche Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung Verkehrsberuhigter Bereich gemäß § 42 Abs. 4 a StVO (Spielstraße)
S Straßengrenzlinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
T Trafostation (geplant)
Grünfläche (privat)
Dauerkleingärten (siehe textliche Festsetzungen)
St Fläche für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauG
Private Stellplätze
P Öffentliche Parkfläche
GR 300 Zulässige Grundfläche für bauliche Anlagen max. 300 m² einschließlich überdachtem Freisitz
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
Bindung für die Erhaltung von Bäumen (§ 9 (1) Nr. 25 b BauG)
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Textliche Festsetzungen für die Grünflächen (Dauerkleingärten):
1) Zulässige Grundfläche gem. § 9 (1) Nr. 18 BauG:
Die Grundfläche von Gartenlauben darf höchstens 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz betragen.
2) Stellung der baulichen Anlagen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauG:
In einem Kleingarten darf eine Gartenlaube an einer Kleingartenparzellengrenze oder mit einem Grenzabstand von mind. 1,5 m errichtet werden.
3) Höhenbeschränkung gem. § 16 (3) BauNVO:
Bei Gartenlauben darf eine Firsthöhe von 3,6 m über Geländeerfläche nicht überschritten werden.
4) Nachrichtlich:
Gemäß der Schau- u. Unterhaltungsordnung des Landkreises Nienburg/W. vom 30.6.1978 muß für bauliche Anlagen u. Anpflanzungen am Neuen Graben ein Mindestabstand von 5 m von der oberen Böschungskante eingehalten werden.

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.2.1986 (BGBl. I S. 265) ¹⁾

und der §§ 56 und 57 der Niedersächsischen Bauordnung vom 22.7.1973 (Nds. GVBl. S. 254) zuletzt geändert durch ¹⁾ vom (Nds. GVBl. S. ...) ¹⁾ i. V. m. § 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBauG) vom 19.6.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch ⁴⁾ vom (Nds. GVBl. S. ...)

und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. von 22.7.1973 (Nds. GVBl. S. 223) zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.5.1986 (Nds. GVBl. S. 110) ¹⁾ hat der Rat der Stadt Nienburg/Weser diesen Bebauungsplan Nr. 8 ³⁾ Änderung dieses Bebauungsplans bestehend aus der Planzeichnung und den rechtserhebenden ²⁾ textlichen Festsetzungen gemäß den nachstehenden ²⁾ rechtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung als ²⁾ Satz beschlossen:

Nienburg, den 30.3.1986

gez. Reimers

Ratsvorsitzender

gez. Intemann

Stadtdirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 18.12.1985 die Aufstellung der 3. Änderung ¹⁾ des Bebauungsplans Nr. 8 beschlossen. ¹⁾ Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 8.1.1986 öffentlich bekannt gemacht.

Nienburg, den 30.3.86

gez. Intemann
Stadtdirektor

Vervielfältigungsvermerke

Kartengrundlage: R - Flurkartennet 1:1000
Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis für das Planungsamt der Stadt Nienburg erteilt durch das Katasteramt Nienburg am 12.02.1986 Az.: A.III.07/86

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 05.02.1986 ...). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neu zu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Katasteramt Nienburg

den 12.2.1986
gez. Intemann
Stadtdirektor

Der Entwurf der 3. Änderung ³⁾ des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von Planungsamt der Stadt Nienburg/Weser.

Nienburg/Weser, den 25.6.1980
gez. Intemann
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 22.5.1986 den Entwurf der 3. Änderung ³⁾ des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 24.6.1986 öffentlich bekannt gemacht. Der Entwurf der 3. Änderung ³⁾ des Bebauungsplans und der Begründung haben vom 4.7.1986 bis 4.8.1986 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausliegen. ³⁾

Nienburg, den 30.3.1986

gez. Intemann
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 30.3.1986 den geänderten Entwurf der 3. Änderung ³⁾ des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gemäß § 2 a Abs. 7 BBauG beschlossen. ³⁾ Den Beteiligten im Sinne von § 2 a Abs. 7 BBauG wurde vom Gelegenhheit zur Stellungnahme bis zum 30.3.1986 gegeben.

Nienburg, den 30.3.1986

gez. Intemann
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG in seiner Sitzung am 30.3.1986 in seiner Sitzung (S. 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

Nienburg, den 30.3.1986

gez. Intemann
Stadtdirektor

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung der Genehmigungsbehörde Landkreis Nienburg/Weser (Az. 30.6.21.00144) vom heutigen Tage unter Auflagen / mit Maßgaben ³⁾ gemäß § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt / teilweise genehmigt. ³⁾

Der kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Stadt vom Landkreis Nienburg/Weser Der Oberkreisdirektor Rechtsamt Im Auftrag gez. Zieger genehmigt worden. ³⁾

Nienburg, den 13.4.87

Genehmigungsbehörde

Der Rat der Stadt hat in der Gemeindefeier vom 1.4.86 (Az. 1.4.86) aufgeführten Auflagen / Maßgaben ³⁾ in seiner Sitzung am 1.4.86 beigestimmt. ³⁾ Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen / Maßgaben ³⁾ vom 1.4.86 bis 1.4.86 öffentlich ausliegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 1.4.86 öffentlich bekannt gemacht.

Nienburg, den 30.3.1986

gez. Intemann
Stadtdirektor

Die Genehmigung des Bebauungsplans ist gemäß § 12 BBauG am 18.06.87 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hannover Nr. 151/87 bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 18.06.87 rechtsverbindlich geworden.

Nienburg/Weser, den 20.06.1987

gez. Intemann
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht ³⁾ geltend gemacht worden.

Nienburg, den 3.2.1988

gez. Intemann
Stadtdirektor

1) Entsprechend dem letzten Stand einsetzen
2) Streichen, wenn Bebauungsplan ohne öffentliche Bauvorschriften über die Gestaltung
3) Nichtzutreffendes streichen
4) Nur wenn ein Aufstellungsbeschluss gefaßt wurde
5) Bei mehrfacher Auslegung nur Zeiten der letzten Auslegung
6) Nur falls erforderlich

Planungsamt
gez.: 10.3.1986
geod.: 18.4.86
ergänzt: 20.8.86